GENDER OPEN REPOSITORIUM

„Das Private ist Politisch“ – Häuserkampf und Gender

AMANTINE

2012

https://doi.org/10.25595/3302

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

AMANTINE: *„Das Private ist Politisch“ – Häuserkampf und Gender*, in: Femina politica : Zeitschrift für feministische Politik-Wissenschaft, Jg. 21 (2012) Nr: 1, 131–134. DOI: https://doi.org/10.25595/3302.

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Pränatal- und Präimplantationsdiagnostiken suggerieren eine Vermeidbarkeit von Behinderung. Dies ist sowohl unrealistisch als auch tendenziell behindertenfeindlich. Zwar kann pränatal diagnostiziert werden, ob körperliche oder genetische „Abweichungen" vorliegen, es ist jedoch keine Aussage darüber möglich, wie schwerwiegend diese sind oder wie sie sich entwickeln. Darüber hinaus entsteht ein Großteil von Behinderungen während der Geburt, etwa durch eine unterbrochene Sauerstoffversorgung. Medizinische Untersuchungen können also keine Garantie auf ein „gesundes" oder „normales" Kind bieten. Dass dies dennoch suggeriert wird (und die steigende Zahl der PND zeigt, dass die Suggestion funktioniert) setzt zum einen schwangere Frauen und Frauen mit Kinderwunsch unter Druck, zum anderen geht von dieser Entwicklung ein wachsender Normierungsdruck aus, der „Abweichungen" als krankhaft erscheinen lässt.

Literatur

Bundesgerichtshof, 2010: Die Präimplantationsdiagnostik zur Entdeckung schwerer genetischer Schäden des extrakorporal erzeugten Embryos ist nicht strafbar. Mitteilung der Pressestelle Nr. 137/2010 zu 5 StR 386/09.

pro familia, 2010: pro familia begrüßt Klärung der Präimplantationsdiagnostik durch BGH-Urteil. Internet: http://www.profamilia.de/pro-familia/presse/pressemitteilungen/pressearchiv/meldungen-2010/zum-bgh-urteil-zu-pid.html (15.1.2012).

pro familia, 2011: Entscheidung für PID setzt reproduktive Rechte um. Internet: http://www.profamilia.de/pro-familia/presse/pressemitteilungen/pressearchiv/meldungen-2011/entscheidung-fuer-pid-setzt-reproduktive-rechte-um.html (15.1.2012).

Siems, Dorothea, 2012: Im Zweifel für die Kinder. Die Welt. Internet: http://www.welt.de/debatte/kommentare/article6073601/Im-Zweifel-fuer-die-Kinder.html (15.1.2012).

Statistisches Bundesamt, 2010: Schwangerschaftsabbrüche, Fachserie 12: Gesundheit, Reihe 3.

„Das Private ist Politisch" – Häuserkampf und Gender

AMANTINE

Die Auseinandersetzungen um Gender, Sexismus/Homophobie und patriarchale Strukturen sowie die autonome Organisierung von FrauenLesben-Queer-Trans-Tunten in besetzten/legalisierten Häusern und Wagenplätzen in der BRD ab 1970 sowie die Infragestellung von festgelegten bipolaren und heteronormativen Geschlechteridentitäten und -zuweisungen sind Themen dieses Artikels.
Den Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzungen und Debatten bildete die Frauen- und Lesbenbewegung von 1968, die in ihrer Konsequenz das generelle Politikver-

ständnis erweiterte und für die Analyse von Ausbeutungsverhältnissen das Patriarchat als Herrschaftsform vom Nebenwiderspruch zu einem Hauptwiderspruch, wie den Kapitalismus, deklarierte. Mit dem Postulat „Das Private ist politisch" deckten Frauen/Lesben Herrschaftsstrukturen in der Gesellschaft auf – in der Familie, der Sexualität, den Rollenzuschreibungen von Männern und Frauen. Frauenunterdrückung wird ausgehend von persönlichen Erfahrungen analysiert und aufgezeigt: Gewalt gegen Frauen, Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit, Vermarktung des weiblichen Körpers in der Werbung, Pornografie, Gen- und Reproduktionstechnologien sowie die Ausbeutung ihrer Arbeitskraft – in Form von gesellschaftlich notwendiger, aber unbezahlter Hausarbeit sowie niedrigerer Entlohnung ihrer Erwerbsarbeit. Von Bedeutung für die Weiterentwicklung feministischer Theorie und in ihrer Konsequenz für die „politisierten privaten Wohnverhältnisse" ist auch die Kritik am Postulat, dass das Private politisch ist, die vor allem von Women of Color formuliert wurde. Die weiße Gender-Theoretikerin Katharina Walgenbach greift diese Kritik auf und sieht sie selbstkritisch als „Selbstzentrierung bzw. Universalisierung weißer Feministinnen", in denen „der Profit und die Beiträge von privilegierten Frauen in Bezug auf die Produktion und Aufrechterhaltung von Machtverhältnissen dethematisiert wurden" (Walgenbach u.a. 2007, 28).

Die von Frauen und Lesben vorangetriebene Politisierung des Alltags fand ihren Niederschlag in allen Neuen Sozialen Bewegungen, die Anfang der 1970er Jahre entstanden: in der Anti-AKW- und Ökologie-Bewegung, der Alternativ-Bewegung, der Friedensbewegung und den Häuser- und Wagenplatzbewegungen, die v.a. in den Metropolen Frankfurt/Main (1970-1974), Westberlin (1980/81), Ostberlin (1989/90), Freiburg (1981-1987) und Hamburg (Hafenstraße 1981-1987) breite und gesellschaftlich relevante stadtpolitische Konflikte entfachten.

In den Kommunen, WGs, Häusern, Wagenplätzen und Sozialen Zentren wurden durch die „Politisierung des Privaten" die Geschlechterbeziehungen, die Reproduktionsarbeit, das Rollenverständnis, die Gewaltverhältnisse thematisiert und Gegenstand ständiger Auseinandersetzungen. Dass mit dem Erstarken alternativer Wohnkonzepte und -formen sich überhaupt Alternativen zur vorherrschenden patriarchalen Kleinfamilie entwickelten, sehen die Gender-Wissenschaftlerinnen Regina Dackweiler und Reinhild Schäfer als Folge eines Werte- und Einstellungswandels, der von der Frauenbewegung wesentlich beeinflusst worden sei und der die gesellschaftliche Struktur grundlegend verändert habe (Dackweiler/Schäfer 1999).

Von zentraler Bedeutung ist aber auch, dass mit dem Beginn einer neuen Frauen- und Lesbenbewegung in Abgrenzung zu den gemischten Strukturen auch eigene autonome, selbstbestimmte Frauenräume und Frauenzentren, WGs, Frauen-Gesundheitszentren, Frauenbuchläden und -archive, Verlage, Zeitungen oder Frauenhäuser gegründet wurden. In diesem Zusammenhang erfolgte, nachdem mit der Frauenkommune Cosimaplatz 1970 in Westberlin eine der ersten Frauenkommunen entstanden war, die wahrscheinlich erste Hausbesetzung bzw. Wohnungsbesetzung von ausschließlich Frauen, am 14. Mai 1973 in Frankfurt/Main, als sich sieben Frauen

die Freiherr-vom-Stein-Straße 18 in Frankfurt-Westend aneigneten, um dort auf 120 qm Wohnraum zu leben. Die Kritik männlicher Dominanz in den vorherigen gemischten Wohngemeinschaften, die sich auch als starke Abwehr der männlichen Genossen gegen eigenständige Frauenstrukturen offenbarte, sowie fortwährende Unzufriedenheit mit einer auf das Putzen reduzierten Frauenrolle waren Grundvoraussetzungen für selbstbestimmte Frauenorganisierung und Schaffung von Räumen von Frauen für Frauen. In den 1980er Jahren kam es schließlich zu einer ganzen Reihe von Hausbesetzungen durch Frauen und Lesben (wie z.B. im Schloßbergring in Freiburg 1986, in der Hafenstraße in Hamburg von 1987 bis 1993 oder im Hexenhaus in der Liegnitzerstraße in Berlin 1981). Und auch im Jahr 2012 existieren bundesweit ex-besetzte und inzwischen legalisierte Häuser und Wagenplätze von FrauenLesben-Queer- und Trans-Personen wie etwa die Liebigstraße 34 oder der Wagenplatz Schwarzer Kanal (beide Berlin).

Den Politikwissenschaftler_innen Almuth Gross und Thomas Schultze zufolge orientierten sich die Hausbesetzungsbewegungen an „männlichen" Mustern und „die Diskussionen der Häuserplena und BesetzerInnenräte waren geprägt vom Dominanz- und Konkurrenzverhalten der Männer" (Gross/Schultze 1997, 204). Ein Bericht der AG „Frauen im Häuserkampf" von einem Hausbesetzer_innentreffen im Frühjahr 1981 in Münster hatte treffend formuliert: „Strukturelle patriarchale Gewalt hat viele Gesichter und präsentiert sich mal subtiler, mal massiver in facettenreicher Gestalt und Ausformung" (Frauencafe Moabit 1982, 38-39). Frauen berichten davon, nicht ernst genommen zu werden, von fehlendem Respekt gegenüber autonomen Frauenräumen, Unverständnis, Misstrauen, Ablehnung, Beleidigungen und Beschimpfungen („Männerhasser", „krampfige Feministinnen"), bis hin zu verbaler Anmache, Grenzüberschreitungen, sexualisierter Gewalt und Vergewaltigung. Einige Besetzerinnen schrieben 1981 über ihre „miesen Erfahrungen" mit Besetzern (Frauencafe Moabit 1982, 40-42). Sie „haben die euphorische Selbstbeweihräucherung der Instandbesetzer und der Häuserbewegung satt", sprechen von einem „neuen Chauvinismus" und kritisieren „mackeriges, aggressives Verhalten in den Häusern, das in Einzelfällen bis zu Schlägereien führe, sowie typisches Rollenverhalten und das Wissensmonopol der Männer" (Frauencafe Moabit 1982, 40-42). Nicht viel besser schien es um den BesetzerInnenrat, das Gremium der besetzten Häuser, bestellt. „Halts Maul, du alte Votze" brüllte dort ein Besetzer einen Kollegen an und „dreihundert Leute auf dem Besetzerrat hörten sich seinen Wutausbruch an, ohne ihn zu kritisieren". „Die von der Frauenbewegung in den 70er Jahren erzwungene Diskussion über neue Sensibilität scheint unter den Steinen der Hausbesetzerbewegung verschüttet zu gehen", schrieb jemand in der taz (die tageszeitung 1981).

Die sich über die Jahre fortsetzenden Debatten über Sexismus in Häuserstrukturen halten bis heute an, wie das Beispiel der im November 2009 geräumten Brunnenstraße 183 in Berlin beweist. Dort existierten im letzten Jahr bis zur Räumung „Angsträume, patriarchale und hierarchische Strukturen, sexistisches (Rede-)Verhalten". Es kam zu Bedrohungen, sexualisierter und körperlicher Gewalt sowie Vergewalti-

gungen, während gleichzeitig die im Projekt bekannten Vorwürfe nach außen verschwiegen wurden und Bewohner_innen, die andere auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam machen wollten, Gewalt angedroht wurde. Insofern sprechen trotz augenscheinlicher Veränderungen nach 40 Jahren Frauen- und Lesbenbewegung nicht wenige von einem patriarchalen „Rollback" und fordern wieder mehr „antisexistische Standards" in Häuser- und autonomen Strukturen (amantine 2011, 67). Einige, wie etwa die Initiative „Hausprojekt" in Wien oder auch das 2010 besetzte „Autonome Zentrum (AZ)" in Köln, haben dementsprechend anti-sexistische Guidelines für Bewohner_innen und Besucher_innen entwickelt; andere Gruppen verteilen Flugblätter am Eingang von Partys, in denen erklärt wird, dass „sexistisches, rassistisches, antisemitisches, trans- und homophobes Verhalten nicht geduldet wird" (AG Spaß für alle 2011). Dass sich zwar die Einsicht zur Auflösung von Sexismus im Alltag und „Privatem", weitestgehend in den autonomen/anarchistischen Häuserstrukturen durchgesetzt hat, sich in der Praxis aber oft nicht widerspiegelt, verweist unter anderem auf die Diversität und Fragmentierungen der jeweiligen Zusammenhänge, die Brüche, die Generationsabfolgen mit ständig wiederkehrenden Diskussionen sowie eine fehlende Umsetzung gewonnener Erkenntnisse.

Die seit den 1990er Jahren an Einfluss gewinnenden dekonstruktivistischen und queer-feministischen Diskurse, die Geschlechterkategorien und eindeutige Zuweisungen in Frage stellen und beginnen, die Gesetzmäßigkeit der Geschlechterbipolarität aufzubrechen, manifestieren sich auch innerhalb der Häuserbewegung durch Besetzungen von Lesbisch/Schwulen-, Tunten-, Queer- und Trans-Häusern, in denen die zunehmende Kritik der Heteronormativität deutlich wird. Das erste Tuntenhaus, das deutlich in dem bewegten Teil der damaligen Schwulenszene verankert war, wurde am 12. Februar 1981 in der Bülowstraße 55 in Westberlin besetzt und nach zwei Jahren 1983 geräumt. Das zweite, nur kurze Zeit existierende, aber nach außen deutlich sichtbare und schillernde Tuntenhaus wurde im Sommer 1990 in der Mainzerstraße 4 in Ostberlin besetzt, nach der Räumung am 14. November 1990 zog es weiter in einen Hinterhof der Kastanienallee 86. Die Besetzer_innen beteiligten sich aktiv an Debatten über Homophobie, Sexismus und Mackertum (z.B. in der Zeitschrift Interim), am Transgenialen CSD, organisierten die Stöckeltreffen, die Tunten-Terror-Tour, die Homolandwoche und brachten das Magazin „Tuntentinte" heraus. Der „Queere Wagenplatz Schwarzer Kanal" entstand 1989 als „gemischtes Projekt" und wurde zweimal durch Gentrifizierungsmaßnahmen aus Berlin-Mitte vertrieben. Zunächst mussten sie einem Neubau der ver.di-Zentrale weichen und 2010 erneut auch den Ausweichplatz nach der Kündigung durch den Konzern Hochtief AG verlassen. Aber auch auf dem neuen Platz in Berlin-Treptow sind sie vor Verdrängung nicht sicher: Nur einen dreijährigen Nutzungsvertrag haben die Bewohner_innen für ihren Platz erhalten, zudem neben der zukünftigen Bautrasse der heftig umstrittenen Stadtautobahn A 100. Der Schwarze Kanal spielt eine wichtige Rolle sowohl in der Häuser- und Wagenplatzbewegung als auch in der autonomen Queer/Trans-Szene, denn er veranstaltet die Queer- and Rebel-Days sowie das jähr-